



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Gülseren Demirel, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bericht über den aktuellen Stand der Unterrichtsversorgung für das Schuljahr 2020/2021

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über die Unterrichtsversorgung an Grund-, Mittel- und Förderschulen zu berichten:

1. Wie viele Stellen ergeben sich im kommenden Schuljahr konkret durch die vom Staatsminister für Unterricht und Kultus beschlossene Maßnahme, dass alle Grundschullehrkräfte ihre Wochenstunden von 28 auf 29 erhöhen sollen?
2. Wie viele Stellen ergeben sich im kommenden Schuljahr konkret durch die vom Staatsminister für Unterricht und Kultus beschlossene Maßnahme, das Mindeststundenmaß bei Antragsteilzeit anzuheben?
3. Wie viele Stellen ergeben sich im kommenden Schuljahr konkret durch die vom Staatsminister für Unterricht und Kultus beschlossene Maßnahme, keine Neuanträge auf Sabbatjahre mehr zu genehmigen?
4. Wie viele Stellen ergeben sich im kommenden Schuljahr konkret durch die vom Staatsminister für Unterricht und Kultus beschlossene Maßnahme, den Antragsruhestand von nicht schwerbehinderten Lehrkräften vor Vollendung des 65. Lebensjahres abzuschaffen?
5. Wie viele Stellen ergeben sich im kommenden Schuljahr konkret durch die vom Staatsminister für Unterricht und Kultus beschlossene Maßnahme, innerhalb des bestehenden Stundendeputats für Förderlehrkräfte, den Umfang des eigenverantwortlichen Unterrichts an Grund- und Mittelschulen von derzeit durchschnittlich acht Wochenstunden auf zehn Wochenstunden zu erhöhen? Was bedeutet das im Gegenzug für die Kompensation der verringerten Anzahl an Verwaltungsstunden?
6. Wie wirkt sich im kommenden Schuljahr die Corona-Krise auf die Lehrkräfteversorgung an Grund-, Mittel- und Förderschulen aus, insbesondere aufgrund der Möglichkeit für Lehrkräfte mit Vorerkrankungen, sich anhand eines Attests auch weiterhin vom Unterricht befreien zu lassen?
7. Wie viele Lehrkräfte in Pension haben sich zurückgemeldet, um die Unterrichtsversorgung im kommenden Schuljahr zu sichern?
8. Ist der Ausgleich des im Januar vom Staatsminister für Unterricht und Kultus festgestellten Defizits von 1 400 Lehrerstellen an Grund- und Mittelschulen gesichert und wenn nicht, wie viele Stellen können, Stand heute, nicht besetzt werden?

Begründung:

Aufgrund einer drohenden Krise der Unterrichtsversorgung und eines Lehrkräftemangels im Umfang von 1 400 Stellen an Grund-, Mittel- und Förderschulen sind vom Staatsminister für Unterricht und Kultus im Januar verschiedene Maßnahmen beschlossen worden. Mit diesem Paket sollten danach 1 000 Stellenäquivalente „ersetzt“ werden, weitere 400 Stellenäquivalente waren noch offen. Hier setzte der Staatsminister für Unterricht und Kultus auf „freiwillige Maßnahmen“. Die damals abgegebenen Prognosen müssen allerdings nun aufgrund aktueller Zahlen konkretisiert werden. Inzwischen ist u. a. bekannt, wie viele neue Grund-, Mittel- und Förderschullehrkräfte in Bayern nachkommen, wie viele Anträge auf Teilzeit gestellt wurden und wie viele Sabbatjahre aufgrund bereits vor Januar 2020 eingereichter Anträge noch bewilligt werden mussten. Ebenso bekannt sind die Zahlen von Lehrkräften, die in den Ruhestand gehen und derjenigen, die von anderen Schulen an die Grund-, Mittel- und Förderschulen wechseln.

Dazu kommt noch die Zahl derjenigen Lehrerinnen und Lehrer, die sich aufgrund einer Vorerkrankung anhand eines Attests solange vom Unterricht befreien lassen können, bis die Corona-Krise ausgestanden bzw. bis ein Impfstoff entwickelt worden ist.